

Banken in der Verantwortung

Andreas Schmitz

Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Berlin,
Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG,
Düsseldorf

XIX. Deutscher Bankentag

31. März 2011

Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Verehrter Herr Bundespräsident,

meine Damen und Herren.

Ich glaube in unser aller Namen, darf ich Ihnen, lieber Herr Bundespräsident, sehr für Ihre Ansprache danken, vor allem für das eine oder andere offene, jedoch stets konstruktive Wort an die Adresse der Banken. Diesem Austausch der Meinungen, der Standpunkte sowie der Positionsbestimmungen vor dem Hintergrund einer uns allen obliegenden, gemeinsamen Verantwortung für unsere Gesellschaft soll dieser 19. Bankentag dienen. Denn – wie wir alle wissen – ist es allemal besser, miteinander zu reden als übereinander.

I. Marktwirtschaft und Regulierung

Meine Damen und Herren, Stephen Green hat gestern Abend das Wort von Winston Churchill aufgegriffen, wonach Demokratie die schlechteste aller Regierungsformen ist – abgesehen von denen, die man schon ausprobiert hat. Gleiches lässt sich wohl auch für die Marktwirtschaft als Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sagen. Wie schlecht deren Alternativen sind, hat uns das 20. Jahrhundert eindrucksvoll vor Augen geführt. Dies ist jedoch kein Grund, sich zurückzulehnen oder sich mit dem Status Quo abzufinden.

Denn auch das 21. Jahrhundert hat gezeigt, dass die vornehmlich angelsächsisch geprägte Form eines Marktliberalismus, wonach der einzige Geschäftszweck darin bestehe, Gewinne für die Aktionäre zu erzielen, sich nicht nur aus moralischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht als unzulänglich erwiesen hat, da er letztlich nicht werterhaltend wirkt. Insofern dürfen wir Milton Friedman, den bedeutendsten Vertreter der Chicagoer Schule, ruhig beim Wort nehmen, der einmal sagte: „Einer der großen Fehler besteht darin, Politik und Programme an ihren Absichten statt an ihren Ergebnissen zu messen.“

Dabei lagen die Hauptdefizite im Vorfeld der Krise gar nicht so sehr in den organisatorischen Strukturen, sondern in den Verhaltens- und Kulturmustern, die diese Marktfundamentalisierung erzeugte. Allzu oft wurde das Gebot der Redlichkeit und eines ehrlichen und vertrauenswürdigen Geschäftsgebarens aus den Augen verloren. Insbesondere bei einigen Finanzinstituten herrschte vor der Krise die Einstellung „Wenn der Markt es zulässt, wenn es einen Vertrag gibt, dann erübrigen sich alle weiteren Fragen“. Dieser Geist, der nicht nur in vielen Banken, sondern auch in weiten Teilen unserer Gesellschaft um sich gegriffen hat, ist aber weder dem Wohlergehen der Gesellschaft noch dem sozialen Miteinander förderlich.

Gleichwohl sollten wir die Ausgangsthese der Sozialen Marktwirtschaft nicht ignorieren, die besagt, dass alles, was ein Mensch tut, in erster Linie zur Wahrnehmung seiner eigenen Interessen, seines eigenen Vorteils dient.

Dies muss wiederum nicht zwingend ein ökonomischer Vorteil sein. Von dieser primären Antriebskraft – vom eigenen Nutzen – leben Wirtschaft und Unternehmertum in der Sozialen Marktwirtschaft nun einmal. Das ist weder verwerflich noch besonders lobenswert – es ist, meine Damen und Herren, einfach normal. Unser Ordnungssystem baut daher auf der unternehmerischen Freiheit auf, verhindert aber das ganz freie Spiel der Kräfte. Sie bindet die aus dem Eigennutz der Menschen geborene Schaffenskraft zum Nutzen aller in unser wirtschaftliches System ein, zwingt sie aber gleichzeitig zur Sozialpflicht des Eigentums.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass das Zusammenspiel von ökonomischer Freiheit und sozialer Verantwortung aus den Fugen geraten ist. Es muss daher das gemeinsame Ziel aller in Banken, Politik und Wirtschaft Verantwortung Tragender sein, wieder ein Gleichgewicht der Interessen herzustellen.

Kurt Tucholsky hat einmal gesagt: „Das Volk versteht vieles falsch, aber fühlt das meiste richtig.“ Meine Damen und Herren, die deutsche Bevölkerung mag das Finanzwesen und seine Verflechtungen in seiner Komplexität nicht verstehen, aber eines ist sicher: Das Volk fühlt, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre das Ergebnis eines Wildwuchses in unserem marktwirtschaftlichen System ist. Als Konsequenz zweifelt ein Teil der Bevölkerung sogar das System als solches an und wir sind uns einig, dass es gilt diesen Vertrauensverlust zu verhindern.

Die Auswüchse im System müssen nun gebändigt und zurückgeschnitten werden. Dabei gilt es aber die Dynamik der Marktkräfte zu erhalten, die das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung ankurbeln. Wir müssen zeigen, dass Gewinn und Verantwortung nicht zueinander im Widerspruch stehen, sondern sich gegenseitig bedingen.

Aber ganz gleich, wie viele neue Gesetze, Regelungen oder Bilanzierungsvorschriften wir bekommen, sie werden in unserer Gesellschaft niemals ausreichen, wenn sich an der Kultur nichts ändert – wenn es kein Wertesystem gibt, das jedem Einzelnen von uns als Entscheidungsgrundlage dient. Insbesondere das Prinzip der individuellen Haftung darf dann nicht nur mehr angemahnt, sondern muss auch eingefordert werden.

Bankenseitig hilft hier kein „geschmeidiges Beidrehen“, sondern dort, wo es gefehlt hat, nur die Rückbesinnung auf die Tugenden des „ehrbaren Kaufmanns“, als da sind: Gegenseitiges Vertrauen, Verlässlichkeit, Anstand und Maß. Und diese Tugenden existieren auch nur, wenn Wort und Tat zusammenpassen.

Dabei ist mir, meine Damen und Herren, die Einschränkung – „dort, wo es gefehlt hat“ – wichtig, denn es hilft nicht, im Sinne eines Pars-pro-toto-Ansatzes eine ganze Branche unter Generalverdacht zu stellen, ja sie sogar mittels des Einsatzes verdeckter Ermittler zu kriminalisieren. Ich sage das auch deshalb so entschieden, weil das Vertrauen der Kunden in ihre eigene Bank viel besser ist als sein Ruf:

Neun von zehn Deutschen sind mit ihrer Hausbank und mit der Beratung dort zufrieden oder sehr zufrieden. Wir alle wissen: Der beste Kunde ist immer noch der, der wiederkommt.

Als Vertreter der Finanzbranche erfüllen wir eine „dienende Funktion für die Realwirtschaft“. Und nur aus ihr gewinnt der Finanzsektor mit all seinen Produkten seine gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Legitimität und schafft so einen Mehrwert für die Gesellschaft. Seit Ausbruch der Finanzkrise geht es denn auch im Wesentlichen darum, die Teile der Finanzwirtschaft – und ich sage auch hier ganz bewusst: Teile –, die durch ihr Agieren den gesellschaftlichen Konsens verlassen haben, zu resozialisieren und in die Gemeinschaft der Realwirtschaft zurückzuführen, in die sie gehören.

Dabei führt meines Erachtens der einzig gangbare Weg für eine Bank über ein nachhaltiges Geschäftsmodell. Wenn es tragen soll, muss es sich an den Wünschen der Kunden ausrichten. Es muss dafür sorgen, dass Risiken erkannt, beziffert und beherrscht werden und darauf angelegt sein, dass es nachhaltig Erträge erwirtschaftet.

Nun hieße es, die Realitäten zu verdrängen, wenn man glauben wollte, diese Erkenntnis wäre heute schon überall im Finanzsektor angekommen oder, noch besser, sie würde flächendeckend realisiert. Der große Bankier Siegmund Warburg sprach diesbezüglich schon einmal von „Wunschdenken ohne Denken“.

Gleichwohl bezogen auf die privaten deutschen Banken von einem „business as usual“ oder einem „back to the roots“ zu sprechen, ist absolut verfehlt und wird den Anstrengungen unserer Häuser, aus den Erfahrungen der letzten Jahre zu lernen, in keinsten Weise gerecht. Zu viel ist bereits im Vorgriff auf eine bessere und verstärkte Regulierung geschehen, auch wenn der Prozess noch weiter gehen muss und wird.

Desweiteren ist zu konstatieren, dass wer immer in der Finanzwelt mit Blick auf die Regulierung geglaubt haben mag, es würde nach dem Motto laufen: „Es muss etwas geschehen, aber es darf nichts passieren“, sich grundsätzlich getäuscht hat, und zwar gründlich.

Denn es ist eine Menge geschehen oder in der Pipeline: Ich nenne stichpunktartig nur Basel III mit neuen Kapital- und Liquiditätsregeln, antizyklische Kapitalpuffer, Aufschläge für systemrelevante Institute, eine verbesserte makroprudenzielle Aufsicht, das Verbot ungedeckter Leerverkäufe, die Regulierung der Derivatemärkte, die MiFID-Novelle, neue Meldepflichten und Vergütungsregeln, Stresstests, die europäische Einlagensicherungsrichtlinie sowie das Restrukturierungsgesetz und die Bankenabgabe.

Meine Damen und Herren, einige dieser Regeln waren dringend nötig, andere sinnvoll, um Schocks besser zu absorbieren und Spillover-Effekte zu begrenzen und vor allem den Steuerzahler einer institutionalisierten Nachhaftung zu entheben.

Aber in cumulo, in ihrer Fülle und in der Art, wie diese neuen Regeln möglicherweise zusammenwirken, stellen sie für die gesamte Branche ein ernsthaftes Problem dar. Ganz abgesehen davon, dass auch noch manch weiterer Vorschlag auf dem Tisch liegt, der insbesondere im Zusammenhang mit dem Vorgenannten besser noch zu Ende gedacht würde. Ich denke da z. B. an zusätzliche Finanzmarktsteuern, neue Rating-Methoden für Banken, Ideen wie Größenbegrenzungen von Banken oder die Einführung eines Trennbankensystems. Manches erscheint nicht nur mir eher Reflex als Räson zu sein.

Diese Regulierung, meine Damen und Herren, läuft nun auf einen deutschen Bankenmarkt zu, der weder strukturell noch ertragsmäßig vor Kraft strotzt. Während viele deutsche Unternehmen Eigenkapitalrenditen aufweisen, wie sie sonst nur in den ertragsstärksten Bankenmärkten der Welt erreicht werden, erwirtschaften die deutschen Banken in ihrem Heimatland selbst in guten Jahren in etwa soviel wie alle türkischen Banken zusammen, obwohl Deutschland als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt eine fünfmal so große Wirtschaftsleistung aufweist wie die Türkei.

Vor diesem Hintergrund möchte ich für die privaten deutschen Banken es einmal ganz klar sagen: Wir sind – quer durch die gesamte Bandbreite, was Größe und Geschäftsmodell betrifft – nunmehr an der Grenze unserer Belastbarkeit angekommen.

Dies ist trotz einer sich verbessernden Ertragslage als Folge ausbleibender Risikoschäden kein Jammern auf hohem Niveau, sondern reale Voraussetzung dafür, dass wir über die nächsten Jahre das notwendige Eigenkapital bilden können, und zwar ohne Abstriche bei der Versorgung der kreditsuchenden Wirtschaft machen zu müssen. Anders ausgedrückt: Banken müssen reguliert, sie dürfen aber nicht stranguliert werden.

Des Weiteren muss gelten: Gleiche Spielregeln für alle. Nehmen wir zum Beispiel Basel III: Dieses neue Regelwerk ist der Kern einer neuen und von uns mitgetragenen, da besseren Finanzmarktarchitektur – auch wenn noch nicht jedes Element, so etwa die Leverage Ratio, vernünftig ist und manches Detail der Klärung bedarf. Aber Basel III wird nur dann zu mehr Stabilität führen, wenn es weltweit zur gleichen Zeit in Kraft tritt und für alle zu den gleichen Bedingungen gilt. Ich sage das nur, weil in den USA Basel II, ohne das Basel III nicht funktioniert, bis heute nicht in Kraft ist.

Da niemand, weder hier im Saal noch außerhalb, sagen kann, woher die nächste Krise kommt, muss Krisenvorsorge immer eine Art Breitbandprophylaxe sein. Wer also die Devise „kein Markt, kein Produkt und kein Marktteilnehmer ohne entsprechende Regulierung und Aufsicht“ ernst nimmt, darf niemanden ausnehmen, weder Hedge-Fonds noch Versicherungsunternehmen, er darf weder einzelne nationale Märkte bevorzugen noch Doppelbelastungen für einzelne Marktteilnehmer oder Erleichterungen für andere zulassen. Das gilt im Großen wie im Kleinen:

Für Hedge-Fonds oder vergleichbare Schattenbanksysteme mit ihrem Gewicht für die globalen Finanzmärkte genauso wie für den Grauen Kapitalmarkt in Deutschland; so klein ist der nämlich gar nicht.

Meine Damen und Herren, lassen sie uns gemeinsam – Politik, Banken und Wirtschaft – daran arbeiten, dass die deutsche Wirtschaft so stark bleibt, wie sie ist, und dass die deutschen Banken so stark werden, wie sie sein könnten.

Und mit Blick auf unsere Branche: Hören wir auf, uns gegenseitig die Existenzberechtigung abzusprechen und bauen wir dort, wo sie existieren, Ressentiments ab oder schüren sie besser erst gar nicht. Denn bei allem Verständnis für notwendigen Wettbewerb und Differenzierung: Wir in der deutschen Kreditwirtschaft, ob privat oder nicht, betreiben wahrlich alle kein 08/15-Geschäft und keiner sollte sich rühmen, schon gar nicht der „lieben Finanzmarktkrise“ ein Schnippchen geschlagen zu haben. Wer das nicht glaubt, möge in meine Heimat, ins Rheinland, schauen, und wird dort schnell erkennen, dass die Betroffenheit von der Krise weder mit der Rechtsform noch mit den Eigentümerstrukturen zu tun hat, und schon gar nichts mit dem generellen Geschäftsmodell, sondern – wie immer im Bankgeschäft – auf das unzureichende Managen von Risiken zurückzuführen ist.

Kleinstaaterei hat zwar in Deutschland Tradition, hat aber selten zu etwas Gutem geführt, schon gar nicht in Brüssel, woher mittlerweile der überwiegende Teil unserer Regulierung kommt. Lassen Sie uns deshalb im ZKA, aber auch mit den übrigen Teilen der Finanzwirtschaft und im Schulterschluss mit der Politik dafür arbeiten, dass wir dem gerecht werden, was die Märkte und was die Kunden heute von uns verlangen.

Das mag sich jetzt für den ein oder anderen blauäugig anhören, aber deshalb ist es noch lange nicht falsch. Kämpfen wir gemeinsam für den Finanzstandort Deutschland, wo immer das möglich ist. Seitens der privaten Banken kann ich Ihnen hier und heute versichern: Wir wollen ein Teil der Lösung und nicht Teil des Problems sein.

Meine Damen und Herren, sieht man mal vom deutschen Bankensystem ab, so betrachtet uns das Ausland dieser Tage zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet mit großer Sympathie und Aufmerksamkeit. Man spricht vom „German Miracle“, man lobt die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft, die Innovationskraft unserer Industrie, den vergleichsweise soliden Staatshaushalt sowie die gute konjunkturelle Entwicklung. Kurz gesagt: Außer den Deutschen wissen eigentlich alle, was für ein tolles Land Deutschland ist. Und wenn wir uns dies trotz unseres traditionell kritischen Verhältnisses zum eigenen Land immer wieder einmal bewusst machen würden, wären wir alle schon einen großen Schritt weiter.

Glaubt man hingegen unserer dauererregten Medienlandschaft, die selbst Wagenladungen guter Nachrichten bestenfalls achselzuckend zur Kenntnis nimmt, sind wir ein Land voll ungelöster Probleme, wenn ich an Hartz IV, Stuttgart 21, Kinderarmut, Kita-Mangel, Zweiklassenmedizin, Pflegenotstand und Bildungselend denke. Und wenn dann noch Politik auf Wirklichkeit trifft, sei es im 15-Sekunden Rhythmus der Nachrichtensendungen oder im allabendlichen Talkshow-Getalke mit den immer 100 gleichen Diskutanten, die selten zuhören, aber pausenlos reden, dann beschäftigen wir uns wochenlang eher mit der Trunkenheitsfahrt einer Bischöfin, dem Buch eines ehemaligen Politikers, dem Verlust eines Doktorhutes oder dem plötzlichen Tod eines Eisbären als mit den Grundlagen unserer Industriegesellschaft oder der Weiterentwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens, auch wenn dieser Tage viel an Gestaltungskraft im Zuge der Globalisierung verloren zu gehen scheint.

Dabei hat uns das Leben doch wohl alle gelehrt, dass zwischen Schwarz und Weiß ein großer grauer Bereich liegt. Ich halte es daher für ein bedenkliches gesellschaftspolitisches Symptom, wenn verhinderte Projekte mehr gefeiert werden als erfolgreich realisierte. Und auch wenn Demonstrationen wichtig für die politische Willensbildung sind, muss deswegen nicht jeder gute Demokrat auch unbedingt ein Demonstrant sein. Und dies sage ich ganz bewusst vor dem Hintergrund der schrecklichen Ereignisse in Japan und den Landtagswahlen am letzten Wochenende.

In einer modernen Industriegesellschaft wird es immer wieder Fortschrittskonflikte geben, die man nicht einfach umgehen oder aussitzen kann, denn ein Fortschritt ohne Risiken und Konflikte ist die pure Illusion. Entscheidend ist vielmehr, wie wir mit diesen Konflikten umgehen. In erster Linie brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens, dass wir eine Industriegesellschaft bleiben wollen und deren Grundlagen erhalten und weiterentwickelt werden müssen. Dafür müssen wir aus Betroffenen Beteiligte machen, denn Legalität alleine erzeugt noch lange keine öffentliche Akzeptanz. Dafür sind Transparenz und ausreichende Information unverzichtbar, um Kosten und den nachhaltigen Nutzen erkennbar, kalkulierbar und nachvollziehbar zu machen. Ein solcher Konsens setzt aber voraus, dass es ein Grundvertrauen in die ökonomischen und politischen Eliten gibt. Ein Grundvertrauen darin, dass diese vernünftige Entscheidungen treffen sowie Zielkonflikte erkennen und lösen. Dieses Grundvertrauen, meine Damen und Herren, hat unstreitig gelitten, und nicht erst seit Fukushima. Und es bedarf nun unser aller Kraftanstrengung und Engagement, um es wieder auf ein akzeptables Niveau zu bringen.

Nur dann können wir auch den Menschen in unserem Lande wieder Mut zu Neuem machen und sie auch davon überzeugen, den Gemeinschaftsinteressen den notwendigen Vorrang vor lokalen Egoismen einzuräumen.

II. Europa

Damit, meine Damen und Herren, möchte ich noch auf ein anderes Thema zu sprechen kommen. Frei nach dem österreichisch-amerikanischen Ökonomen Joseph Schumpeter heißt es, dass das oft leidenschaftliche Interesse, das den praktischen Fragen des Geldwesens gilt, sich daraus erklärt, dass sich im Geldwesen eines Volkes alles spiegelt, was dieses Volk will, tut und erleidet. Zugleich geht vom Geldwesen eines Volkes ein wesentlicher Einfluss auf sein Wirtschaften und sein Schicksal überhaupt aus. Daraus erklärt sich auch die Bedeutung des Euro, der für uns alle in Europa noch wichtiger ist, als wir es uns vorstellen.

Fehler, die wir alle in der Vergangenheit diesbezüglich gemacht haben, sind – wie das Wort bereits sagt – vergangen. Wir sollten aufhören, darüber zu diskutieren und zu lamentieren, die Probleme sind hier und jetzt zu lösen. Hierfür müssen wir Verantwortung zeigen, denn der Preis eines ungeordneten Zahlungsausfalls eines Euro-Landes wäre wie der erste Dominostein, der fällt. Dazu darf es nicht kommen. Demgegenüber wäre der Fall Griechenlands oder Irlands lediglich ein kleiner Gruß aus der Küche gewesen. Aber an dieser Stelle müssen wir auch den Tatsachen ins Auge blicken, denn die Gesetze der Ökonomie lassen sich auch nicht mit auftrumpfender Rhetorik außer Kraft setzen. Die notwendige Sparpolitik der Griechen, der Iren und der Portugiesen kann alleine nicht zum Ziel führen.

Und weil sie alleine nicht zum Ziel führt, ist neben der Eigenverantwortung auch Solidarität weiterhin der Schlüssel zur Lösung. Wenn wir eine nachhaltige Verbesserung der fiskalpolitischen Situation im Euro-Raum erreichen wollen, müssen wir zusammenstehen. Die einzelnen Staaten, die Europäische Union, die Gesellschaft und die Gläubiger müssen gemeinsame Lösungen finden.

Wir hätten mit Zitronen gehandelt, wenn wir nur stützen und kaschieren würden, wo wir sanieren und reformieren müssten. Denn eines ist klar: Mit dieser Staatsschuldenkrise ist manches Heiligtum in Europa gefallen. Staaten sind als Schuldner nicht länger sakrosankt, das haben die Märkte gelernt, und künftig werden Risikoaufschläge stärker für Disziplin sorgen, als blaue Briefe aus Brüssel es in der Vergangenheit vermocht haben.

Nein, meine Damen und Herren: Ohne eine weiterhin eindeutig stabilitätsorientierte Geldpolitik, ohne strikte Haushaltsdisziplin, ohne den Abbau ökonomischer Ungleichgewichte in der Euro-Zone und ohne bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik wird die Währungsunion die offene Flanke Europas bleiben.

Europa braucht klare Spielregeln und Sanktionen, die jedem, der diese Regeln verletzt, auch wehtun. Sonst wird es eng für Europa. Es muss jetzt beweisen, dass es die Kraft und den langen Atem hat, sich zu erneuern; ja, Europas muss sich besinnen.

Sonst wären wir früher oder später an einem Punkt, an dem eine Rettung wohlmöglich zu teuer kommt. Und dann ist der Euro selbst in Gefahr. Und spätestens dann helfen uns die Weisheiten eines Mark Twain nicht mehr weiter, der einmal gesagt hat: „Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme - und wenn ich mir dafür das Geld borgen muss.“ Möge der Nachsatz, meine Damen und Herren, nicht die Losung für Europa sein!

III. Fazit: Gemeinsame Verantwortung

Meine Damen und Herren, die Welt ist durch die Globalisierung vernetzter und damit auch stärker verletzbar geworden. Isolierte Wege erscheinen daher zunehmend als Sackgasse. Gleichzeitig sind Wirtschaft, Politik und Gesellschaft volatiler geworden, was zunehmenden Handlungsbedarf mit sich bringt. Diesen gilt es wahrzunehmen und entsprechend zu agieren. Lassen Sie uns gemeinsam die Dinge anpacken, die anzupacken sind, und die Probleme lösen, die die Gesellschaft bewegen.

Bezogen wiederum auf die Themen dieses Bankentages heißt das: Stabile Finanzmärkte, verlässliche Banken, ein starker Finanzplatz Deutschland, ein starkes Europa und ein krisenfester Euro: Alles hängt eng miteinander zusammen und verpflichtet uns, unsere Verantwortung wahrzunehmen, unsere gemeinsame Verantwortung. Das gilt für jeden an seinem Platz: für Politik und Notenbanken, für die Finanzaufsicht, für die Industrie wie für alle Kunden und selbstverständlich für uns Banken selbst, ob privat oder nicht. Für die privaten Banken – für die spreche ich – kann ich sagen: Wir wollen unseren Teil beitragen. Wir stellen uns diesen Themen.

Ich denke, das ist jetzt reichlich Stoff für die Diskussion. Bevor wir damit beginnen und ich Herrn Marsh bitte, das erste Panel zu eröffnen, bitte ich Sie, meine Damen und Herren, um einige wenige Minuten Geduld, in denen ich den Herrn Bundespräsidenten aus dem Saal geleite. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
